



Vom Mörder bis zum Kinderschänder: Von der fehlenden Vorratsdatenspeicherung profitieren viele Täter

Seit 2010 hat die Polizei in NRW das Thema Cybercrime zu einem Handlungsschwerpunkt gemacht, um Straftaten, die über das Internet begangen werden, gezielt verfolgen zu können. Doch viele der Internetstraftäter, deren Taten die Polizei seitdem auf die Schliche gekommen ist, können nicht verfolgt werden, weil wegen der fehlenden Vorratsdatenspeicherung entweder die ermittelten IP-Adressen keiner Person zugeordnet werden können, oder die Kommunikationsverbindungen der Täter nicht gespeichert worden sind. Allein im Bereich der Kinderpornografie bleibt dadurch jeder vierte Straftäter unerkannt.

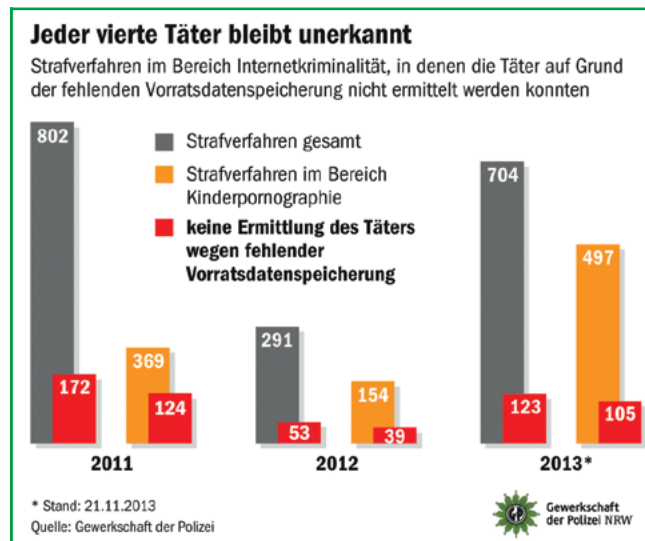
Dass diese Sicherheitslücke nur geschlossen werden kann, wenn die Polizei eine Möglichkeit bekommt, zur Aufklärung schwerwiegender Straftaten auch die Kommunikationswege Verdächtiger zu überprüfen, ist nicht nur in der Polizei unumstritten, sondern im Grundsatz auch in der Politik und unter Verfassungsjuristen. Selbst das Bundesverfassungsgericht hatte in seiner fast drei Jahre alten Grundsatzentscheidung vom 2. März 2010 zwar das damalige Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung gestoppt, gleichzeitig aber betont, dass die Polizei im Internetzeitalter grundsätzlich die Möglichkeit haben muss, zur Strafverfolgung auf die Kommunikationsdaten der Täter zuzugreifen.

Trotzdem hat die neue schwarz-rote Bundesregierung bei der Vorratsdatenspeicherung genau da weitergemacht, wo ihre schwarz-gelbe Vorgängerregierung aufgehört hat: Kaum im Amt, hatte Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) Anfang Januar erklärt, dass er alle Pläne für ein Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung so lange auf Eis legen werde, bis eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zu der entsprechenden EU-Richtlinie vorliegt.

Die GdP hat die Ankündigung von Maas umgehend als „sicherheitspolitischen Fehlstart der Bundesregierung“ kritisiert. Statt die Blockadepolitik der Vorgängerregierung fortzusetzen, müsse die Große Koalition endlich ein Gesetz

fälische GdP-Vorsitzende Arnold Plickert darauf hingewiesen, dass die Kritik, die EU-Generalanwalt Pedro Cruz Villalón Ende vergangenen Jahres an der bestehenden EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung geäußert hat, in die deutsche Debatte längst eingeflossen ist. „In Deutschland ist unstrittig, dass die Kommunikationsdaten kürzer als ein Jahr gespeichert werden sollen. Das gilt auch für die Forderung, die Nutzung der Daten unter Richtervorbehalt zu stellen“, sagte Plickert gegenüber den Medien. Deshalb drängt die GdP darauf, dass die Verabschiedung einer rechtlichen Grundlage zur Vorratsdatenspeicherung nicht erneut verschoben wird.

Nach GdP-Erkenntnissen konnten 2011 in 172 von 802 Fällen die Täter nur deshalb nicht überführt werden, weil ihre IP-Adresse wegen der fehlenden Vorratsdatenspeicherung nicht ermittelt werden konnte, 2012 galt das für 53 von 291 Fällen, 2013 für 123 von 704 Fällen. In Ermittlungsverfahren wegen Besitz und Verbreitung von kinderpornografischen Schriften konnten in 268 von 1020 von der Polizei eingeleiteten Verfahren die Täter



Weil es in Deutschland noch immer keine rechtliche Grundlage für die Nutzung von Telekommunikationsdaten für die Ermittlung von Straftätern gibt, ist in den letzten drei Jahren jeder fünfte Straftäter, gegen den die Polizei in NRW wegen Straftaten im Bereich der Internetkriminalität ermittelt hat, unerkannt geblieben. Im Bereich der Kinderpornografie gilt das sogar für jeden vierten Straftäter.

zur Vorratsdatenspeicherung vorlegen, mit dem die bestehenden Sicherheitslücken geschlossen werden können, hatte GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow gefordert. Ergänzend dazu hatte der nordrhein-west-

liche GdP-Vorsitzende Arnold Plickert darauf hingewiesen, dass die Kritik, die EU-Generalanwalt Pedro Cruz Villalón Ende vergangenen Jahres an der bestehenden EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung geäußert hat, in die deutsche Debatte längst eingeflossen ist.

Fortsetzung auf Seite 2



Klare Regeln statt Dauerblockade!



Seit den Enthüllungen von Edward Snowden wissen wir, dass es auch in Deutschland in einem bis dahin nicht für möglich gehaltenen Ausmaß einen Zugriff staatlicher Stellen auf private Kommunikationsdaten gegeben hat. Nicht nur durch die NSA und den britischen Geheimdienst, sondern auch unter Beteiligung deutscher Dienststellen oder zumindest unter deren stillschweigender Duldung. Allen Freiheitsrechten unserer Verfassung zum Trotz!

Dass das Misstrauen, das aus großen Teilen der Bevölkerung im Moment jedem entgegenschlägt, der das Wort Vorratsdatenspeicherung nur in den Mund nimmt, wächst, ist deshalb nachvollziehbar. Trotzdem ist die Vorratsdatenspeicherung nicht Teil des NSA-Skandals, sondern deren Kollateralschaden.

Beim NSA-Skandal geht es um die durch nichts zu rechtfertigende umfassende Abschöpfung sämtlicher Kommunikationsdaten aller Bürgerinnen und Bürger. Es geht um einen Angriff auf unsere Demokratie. Bei der Vorratsdatenspeicherung geht es darum, dass Polizei und Justiz zur Ahndung schwerer Straftaten die Möglichkeit bekommen sollen, bei einzelnen Tatverdächtigen im Nachhinein an Hand von Verbindungsdaten überprüfen zu können, ob sie sich an einem bestimmten Zeitpunkt am Tatort aufgehalten, und mit wem sie telefoniert haben. Sicher, auch dazu müssen Daten aufgezeichnet und ausgewertet werden, aber der Zugriff der Polizei auf die Daten ist an sehr enge Voraussetzungen geknüpft. Das gilt nicht nur für den Richtervorbehalt, sondern auch für die Schwere der Tat. Und es geht um Verbindungsdaten, nicht um die Inhalte der Gespräche. Und es geht um zeitlich eng begrenzte Speicherfristen. Es gelten also die gleichen strengen Regeln, die bereits heute bei anderen Grundrechtseingriffen gelten, bei Hausdurchsuchungen etwa und bei einer von einem Richter angeordneten Telefonüberwachung.

Deshalb erinnert der Streit über die Vorratsdatenspeicherung, den die Große Koalition im Moment öffentlich aufführt, eher an ein Schmierentheater, als an den ernsthaften Versuch, ein auch von den beiden Regierungsparteien nicht geleugnetes massives Sicherheitsproblem zu lösen. Statt offen und ehrlich darüber zu diskutieren, wie Verbrechensbekämpfung im Zeitalter des Internets organisiert werden muss, und welche Instrumente der Polizei dafür zur Verfügung gestellt werden sollen, führt Schwarz-Rot eine Scheindiskussion. Ginge es der Großen Koalition tatsächlich um den Datenschutz der Bürger, hätte sie längst Lehren aus dem NSA-Skandal gezogen und Edward Snowden Asyl in Deutschland angeboten. Aber dazu fehlt ihr der Mut. Deshalb blockiert sich Schwarz-Rot lieber selbst und nimmt damit bewusst in Kauf, dass schwere Straftaten in Deutschland nicht verfolgt werden können. Das stärkt weder den Datenschutz, noch nutzt es der Sicherheit der Menschen.

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

Fortsetzung von Seite 1

nicht ermittelt werden. Das ist jeder vierte Fall.

Auch bei anderen schweren Straftaten stößt die Polizei wegen des Fehlens der Vorratsdatenspeicherung immer öfter an ihre Grenzen. Hierzu gehört auch ein 2011 verübter Doppelmord: Der Mörder konnte nur dadurch überführt werden, dass er die beiden Leichen jenseits der Grenze von NRW im benachbarten Belgien abgelegt hatte und dort die Kommunikationsdaten gespeichert worden sind. Ein anderer, im April 2010 verübter Mord, bei dem die ermittelnden Beamten von einem Mafia-Bezug ausgehen, ist dagegen bis heute ungeklärt geblieben. Zwar konnten mehrere Tatverdächtige ermittelt werden, eine Tatbeteiligung konnte ihnen aber nicht nachgewiesen werden, weil keine Verbindungsdaten vom Ablageort der Leiche verfügbar sind.

Damit das Thema Vorratsdatenspeicherung von der Politik nicht erneut auf die lange Bank geschoben wird, setzt die GdP auf die Unterstützung von Innenminister Ralf Jäger (SPD). Jäger hat im Januar den Vorsitz der Innenministerkonferenz der Länder übernommen. „In dieser Funktion muss er aktiv dazu beitragen, dass endlich auch in Deutschland die Kommunikationsverbindungen der Täter für die Strafverfolgung genutzt werden können“, hatte der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende gegenüber den Medien erklärt.

Ausgleichszahlung nur bei Erreichen der Altersgrenze

Der zweite Senat des Bundesverwaltungsgerichtes hat entschieden, dass der Anspruch auf den finanziellen Ausgleich bei Eintritt in den Ruhestand wegen der besonderen Altersgrenze nach § 48 Abs. 1 Satz 1 Beamtenversorgungsgesetz nur Beamten zusteht, die bis zum Erreichen dieser Altersgrenze im Dienst verbleiben. Eine Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand – sei es wegen Dienstunfähigkeit oder auf Antrag – führt nicht zu einem Ausgleichsanspruch.



Mitbestimmung erstritten!

Mit einem Erlass vom 30. Oktober vergangenen Jahres hat das Innenministerium alle Polizeibehörden darüber in Kenntnis gesetzt, dass zum Jahresende der Vertrag mit der Firma BAD über die fachsicherheitstechnische Betreuung im Arbeitsschutz auslaufen wird und aus vergaberechtlichen Gründen nicht verlängert werden könnte. Gleichzeitig wurde den Behörden mitgeteilt, dass das LZPD bereits am 29. Oktober einen neuen Vertrag mit der Firma SICO – Zentrum für Arbeits- und Betriebssicherheit – abgeschlossen hatte, der zum 1. Januar 2014 in Kraft treten sollte. Eine Beteiligung des Polizei-Hauptpersonalrates als zuständige Personalvertretung hatte weder vor der Ausschreibung noch vor dem Vertragsabschluss stattgefunden. Zunächst wurde durch das Innenministerium eine Mitbestimmung beim Arbeitsschutz sogar bestritten.

Auf Vorschlag der GdP-Fraktion hat der PHPR daher am 12. November vergangenen Jahres beschlossen, Klage vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf mit dem Ziel einzureichen, die Mitbestimmung zu erzwingen

und die Übernahme der fachsicherheitstechnischen Betreuung der Polizeibehörden durch die Firma SICO zum 1. Januar 2014 zu stoppen. Entsprechende Klageschriften wurden am 21. November beim Verwaltungsgericht Düsseldorf eingereicht. Sie zeigten unmittelbar Wirkung: Bereits am 2. Dezember legte das Innenministerium dem PHPR sowohl die Leistungsbeschreibung als auch den Vertrag mit der Firma SICO zur Mitbestimmung nach § 72 LPVG vor. Das Ministerium erklärte zudem, dass der Vertrag nicht vor Abschluss des Mitbestimmungsverfahrens wirksam werden würde. Da alle Forderungen der Beschäftigten erfüllt waren, zog der PHPR daraufhin seine Klagen zurück.

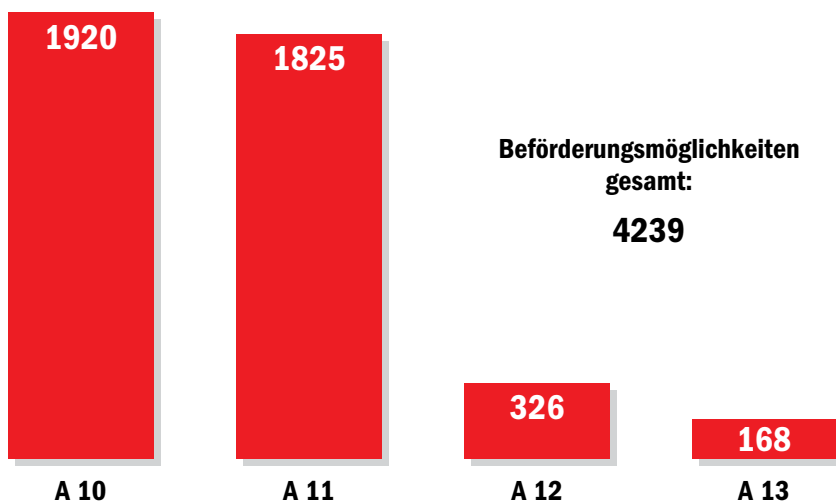
Im Mitbestimmungsverfahren hat der PHPR anschließend alle Bereiche des Vertragswerks geprüft und ist zu der Überzeugung gelangt, dass die Firma SICO die fachsicherheitstechnische Betreuung der Polizeibehörden in vollem Umfang gewährleisten kann. In Teilbereichen konnten sogar Verbesserungen festgestellt werden. Der PHPR hat daher am 7. Januar

dem Vertrag zugestimmt und damit den Weg für die Übernahme des Arbeitsschutzes durch die Firma SICO freigemacht.

Die GdP sieht sich durch das Ergebnis in ihrer grundsätzlichen Position, bestehende Mitbestimmungsrechte notfalls auch durch die Gerichte durchzusetzen, bestätigt. „Arbeitsschutz ist ein Aufgabengebiet, das für die Sicherheit und die Arbeitsbedingungen vieler Kolleginnen und Kollegen von elementarer Bedeutung ist. Daher kann es hier keine Kompromisse geben“, betonte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Karl-Heinz Kochs, der gleichzeitig auch PHPR-Vorsitzender ist. „Deshalb war es notwendig und richtig, den Klageweg zu beschreiten, um die Beteiligung des PHPR sicherzustellen.“ Das gelte auch für andere Verfahren. „Es ist nicht hinnehmbar, dass Abstimmungsprobleme zwischen dem Innenministerium und dem LZPD dazu führen, dass Beteiligungsrechte der Personalvertretungen nicht beachtet werden. Das werden wir auch in Zukunft nicht akzeptieren“, betont Kochs.

2014 noch einmal mehr als 4000 Beförderungen

Beförderungsmöglichkeiten im gehobenen Dienst der Polizei NRW



Quelle: Innenministerium NRW



2014 erhalten die Polizeibehörden in NRW im Rahmen der Umsetzung der letzten Stufe der zweigeteilten Laufbahn 2208 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten im Bereich A 10 und A 11, sowie durch Sonderzuweisung 100 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten im Bereich A 12 und A 13. Hinzu kommen 1931 Beförderungen, die sich durch die Nachschlüsselung für die aus Pensionierung frei werdenden Stellen ergeben. Insgesamt können damit in diesem Jahr im gehobenen Dienst der Polizei 4239 Beförderungen ausgesprochen werden. Mit den zusätzlichen Beförderungen werden 2014 erstmals alle Planstellen erreicht, die sich aus der Landesobergrenzenverordnung ergeben. Damit findet die von der GdP in NRW durchgesetzte zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei ihren erfolgreichen Abschluss.



Aufstiegsperspektiven für Tarifbeschäftigte – eine Sackgasse?

Mit Inkrafttreten des TV-L sind die Bewährungsaufstiege entfallen. Es stellt sich deshalb die Frage, welche beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten Polizeibeschäftigte in NRW überhaupt noch haben? Grundsätzlich ist eine Höhergruppierung nur noch durch die Ausübung einer höherwertigen Tätigkeit möglich. Dies kann durch die Zuweisung einer neuen höherwertigen Tätigkeit oder durch veränderte Arbeitsabläufe geschehen. Allerdings sind die Personalstellen durch die immer knapper werdenden Haushaltskassen und Budgetzuweisungen gezwungen, jede Budgetüberschreitung zu vermeiden.

Daraus resultiert das Bestreben vieler Behörden, den Beschäftigten möglichst keine höherwertigen Tätigkeiten mehr zuzuweisen, weil hierdurch Mehrausgaben entstehen würden, die durch das jeweilige Budget nicht gedeckt werden können. Auch Umsetzungen wären eine Möglichkeit, eine höhere Eingruppierung zu erreichen. Allerdings sind die Möglichkeiten, sich auf Stellenausschreibungen zu bewerben, und die Durchführung von Interessenbekundungsverfahren im Tarifbereich von Behörde zu Behörde sehr unterschiedlich

geregelt. Während die einen sofort auf dem freien Arbeitsmarkt nach Bewerbern suchen, schauen sich die anderen erst einmal im Kreise der Beschäftigten nach geeignetem Personal um. Eine landesweite einheitliche Vorgehensweise, die langjährig beschäftigten Kolleginnen und Kollegen eine Chance geben würde, sich auf freie Stellen zu bewerben, und die den Auszubildenden nach bestandem Berufsabschluss eine zusätzliche berufliche Perspektive eröffnen würde, besteht nicht.

Die GdP hält das für nicht hinnehmbar. Sie wird deshalb in den Anfang des Jahres bevorstehenden Gesprächen mit Innenminister Ralf Jäger (SPD) darauf drängen, dass das Innenministerium für den Tarifbereich ein eigenes Konzept vorlegt, wie die Beschäftigten gefördert werden sollen. „Der Innenminister muss endlich handeln“, fordert die stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Jutta Jakobs. „Spätestens wenn Jäger Anfang April unseren Landesdelegiertentag in Dortmund besucht, erwarten wir von ihm eine verbindliche Aussage, wie im Tarifbereich faire Aufstiegschancen geschaffen werden sollen. Wir fordern das auch im Interesse

der Polizeibehörden, die sonst immer mehr qualifizierte Beschäftigte an die Wirtschaft verlieren werden.“ Für die GdP gehört dazu u. a. die Möglichkeit zu Hospitationen in einem anderen Arbeitsbereich. Zudem dringt die GdP auf ein besseres Angebot von Qualifizierungsmaßnahmen und auf die Gewährleistung eines Rechtsanspruchs, dass Tarifbeschäftigte nach einer erfolgreich abgeschlossenen Weiterqualifizierung, zum Beispiel als Verwaltungsfachangestellter oder als Verwaltungsfachwirt, in ihrer Behörde entsprechend den neuen Kenntnissen verwendet werden.



Exklusiv für Ihre Mitglieder bringt die GdP in jedem Jahr den „Event-Kalender“ mit zahlreichen Veranstaltungen und Angeboten heraus. Auch in 2014 hat der GdP-Landesbezirk wieder viel zu bieten:

von „GdP-Schneetreff“ in der Alpinhalle Bottrop über einen verbilligten Eintritt in die Erlebnisausstellung „Top Secret“ in Oberhausen bis hin zum traditionellen Familientag in der ZOOM Erlebniswelt in Gelsenkirchen. Der Event-Kalender hängt in vielen Polizeibehörden am Schwarzen Brett der GdP. Ihn gibt's zudem auf der Homepage des Landesbezirks zum Download: www.gdp-nrw.de

GdP startet Schichtdienst-Forum

Die humane Gestaltung des Schichtdienstes ist eine wesentliche Aufgabe der GdP. Durch die Veränderungen im europäischen Recht sowie die bis 2015 geltende neue „Experimentierklausel“ in der AZVPol hat das Thema zusätzlich an Aktualität gewonnen. Für den 20. Februar lädt der Landesbezirk NRW deshalb interessierte Mitglieder erstmals zu einem Schichtdienst-Forum ein. Das Schichtdienst-Forum soll in Zukunft jedes Jahr stattfinden.

Im Mittelpunkt des ersten Schichtdienst-Forums steht die Frage, wie alle Beschäftigten trotz Schichtarbeit gesund in den Ruhestand wechseln können, und welche Schichtdienstmodelle dabei helfen? Neben Erkenntnissen der Arbeitswissenschaft spielen dabei auch die demografische Entwicklung bei der Polizei,

die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, aber auch der subjektive Faktor eine Rolle. Ziel des Forums ist nicht die Entwicklung eines Idealmodells für ganz NRW, sondern die Entwicklung von Bausteinen für die künftige Gestaltung des Schichtdienstes bei der Polizei. Referenten des um 10.00 Uhr beginnenden Forums sind die Arbeitswissenschaftlerin Hiltraud Grzech-Sukalo, der Leiter Gefahrenabwehr und Einsatz des Polizeipräsidiums Duisburg, Rüdiger Wollgramm, der Vorsitzende des Personalrats der Universitätsklinik Düsseldorf, Martin Koerbel-Landwehr, und der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Schichtdienstmanagement, Friedhelm Hinzen.

Infos und Anmeldung: Martin Volkenrath, Tel. 02 11 / 29 10 142, E-Mail: martin.volkenrath@gdp-nrw.de.

GdP aktiv

6.2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bottrop/Gladbeck, 16.30 Uhr, Kantine des Finanzamtes, Scharnhölzstr. 32, Bottrop

20.2., Schichtdienst-Forum, Düsseldorf Arcaden, Düsseldorf

6.3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Hamm, 16.00 Uhr, Gaststätte Drees – Krause Linde, Hafenstr. 71, Hamm

6.3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Duisburg, 14.00 Uhr, Steinhof Huckingen e.V., Düsseldorfer Landstraße 347, Duisburg

6.3., Skatturnier der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 16.00 Uhr, Haus Lennestein, Werdohler Straße 15, 58762 Altena. Anmeldungen unter Tel.: 0 23 71/91 99 88-00 bis 03



AUTORUNDREISE

Kombinieren Sie eine faszinierende Autorundreise mit einer maritimen Auszeit auf See.

DURCH SCHOTTLAND



**BIS 28.02.
FRÜHBUCHER-
VORTEIL SICHERN!
INKL. ÜBERFAHRT +
HOTELS MIT
FRÜHSTÜCK**



9 TAGE SCHOTTLAND AUTORUNDREISE

PRO PERS. AB ~~€ 585~~ **€ 467¹**

Buchungscode: **J4PLZ1**
FRÜH BUCHEN - GÜNSTIGER REISEN.



Starten Sie zu einer unvergesslichen Rundreise nach Schottland und erleben Sie maritimes Flair an Bord, tolle Restaurants und eine frische Meeresbrise an Deck. Entdecken Sie mit dem eigenen PKW die Highlights Schottlands: atemberaubende Seenlandschaften, die berühmten Highlands, traditionelle Whiskydestillieren sowie mittelalterliche Städte und beeindruckende Burgen. Neben zwei Nächten an Bord erwarten Sie charmante Hotels - inklusive Frühstück!



AMSTERDAM – NEWCASTLE

WWW.DFDS.DE/POLIZEI

TEL.: 040 / 389 03 71²



**DFDS
SEAWAYS**

¹ Gilt für Buchungen bis 28.02.2014. Reisezeitraum nach Verfügbarkeit bis 30.12.2014 ² 14 € Buchungsentgelt je tel. Buchung
DFDS (Deutschland) GmbH, Högerdamm 41, 20097 Hamburg | Stand 01/2014 | Foto: VisitScotland / Scottish Viewpoint

Jedes Mitglied zählt!

Die Herbstaktion der Mitgliederkampagne „Du wirbst!“ ist Ende Dezember erfolgreich zu Ende gegangen. Gut 100 engagierte GdP-Mitglieder haben an der Verlosung teilgenommen, weil sie mindestens ein neues Mitglied unter den schon länger bei der Polizei beschäftigten Kolleginnen und Kollegen geworben haben. Der Hauptpreis, eine zweitägige Städtetour nach Hamburg inklusive Stadtrundfahrt für zwei Personen, geht dieses Mal an die Kollegin Susanne Buche aus Bochum. Auch 2014 wird die Mitgliederwerbung bei der GdP groß geschrieben. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Stärkung örtlicher Projekte.

In den vergangenen Jahren ist es gelungen, die leicht rückläufige Mitgliederentwicklung zu stoppen und wieder einen positiven Trend zu entwickeln. Vor allem die Mitgliederwerbung an den Fachhochschulen läuft äußerst erfolgreich. Weit über 90 Prozent aller Kommissarsanwärterinnen und -anwärter konnte die GdP in den vergangenen Jahren gewinnen. Aber auch unter den

Kolleginnen und Kollegen die bereits im Dienst sind, ist ein deutlicher Aufwärtstrend spürbar. Trotzdem gibt es noch viele Unentschlossene, die wir überzeugen müssen. Denn eines ist klar: Jedes Mitglied zählt!

Genau an dem Punkt setzt das Projekt „Werben aus dem Bestand“ des Landesbezirkes NRW an, das im Herbst letzten Jahres gestartet ist. Das Projekt konzentriert sich vor allem auf Kreisgruppen, in denen der Organisationsgrad unter dem anderer Kreisgruppen

liegt, oder in denen das Ergebnis der letzten Personalratswahl deutlich vom Mitgliederanteil der GdP abweicht, denn dort lässt sich eine hohe Zahl von potenziell an der GdP interessierten Beschäftigten vermuten.

Um die Kreisgruppen bei ihrer Arbeit zu unterstützen, werden gemeinsam mit dem Landesbezirk die individuellen Problemfelder vor Ort analysiert. Ziel des Projekts „Werben aus dem Bestand“ ist es, die Erwartungen und Probleme der Kolleginnen und Kollegen in den Focus der GdP-Arbeit zu rücken und zum Beispiel Veranstaltungen zu aktuellen Themen anbieten. Dadurch soll die GdP als „Kümmerer“ für die Probleme des Polizeialltags in das Bewusstsein gerufen werden. Die Auftaktveranstaltungen stehen allen Beschäftigten der Behörde offen. Tiefgehende Informationen zu den einzelnen Themen, sind nur den GdP-Mitgliedern vorbehalten.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreislise Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss der März-Ausgabe
ist der 4. Februar 2014.**

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: pinguin@gdp-reiseservice.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 1.2. Edith Brackelmann, Kamen
- 3.2. Else Rode, Wuppertal
- 6.2. Ursula Böhmert, Hannover
Ruth Zimmer, Wuppertal
- 12.2. Adelheid Gresens, Bottrop
- 15.2. Sophie Hermann, Dortmund
- 20.2. Hans Beumers,
Mönchengladbach
- 27.2. Hildegard Unterfeld, Schwerte
- 28.2. Heinrich Kraemer, Essen

91. Geburtstag

- 1.2. Wilhelm Jäkel, Velbert
- 13.2. Maria Vollmuth, Duisburg
- 20.2. Hans Keller, Greifrath
- 22.2. Alfred Dehler, Wuppertal
- 26.2. Karl Langhorst, Schöppingen
- 27.2. Walter Dzubilla, Kaiserslautern

92. Geburtstag

- 4.2. Manfred Plass, Bielefeld
- 12.2. Erna Brocke, Köln
Gertrud Palka, Dortmund
- 22.2. Jakob Michels, Herne
- 23.2. Hedwig Lotzmann, Remscheid
- 27.2. Nikolaus Kirch, Aachen
- 28.2. Maria Arendt, Dahlem
Johann Niemeier, Wassenberg

93. Geburtstag

- 5.2. Theresia Quante, Paderborn
- 8.2. Karl Herfurt, Mettmann
- 10.2. Lieselotte Müller, Dortmund
- 15.2. Maria Bergmann, Mettmann
- 20.2. Silvia Koebrügge, Billerbeck
- 24.2. Elisabeth Meister, Herten
- 26.2. Helga Geicht,
Colorado-Springs/USA

94. Geburtstag

- 5.2. Wilhelmine Hänsdiecke,
Düsseldorf
- 14.2. Wilhelm Bongartz,
Mönchengladbach

95. Geburtstag

- 20.2. Elisabeth Renzing, Oberhausen
- 28.2. Luise Klanke, Dortmund

96. Geburtstag

- 13.2. Johanna Reinert, Bielefeld
- 27.2. Margarete Rode, Solingen

98. Geburtstag

- 26.2. Elli Engels, Wuppertal

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**
in Kurzfassung - Februar 2014



Atemberaubende Fjorde und der Glanz der Ostseemetropolen

**7 Tage Norwegen & Dänemark ab/bis Warnemünde
an Bord der Costa Fortuna
24.05. und 7.06.2014
ab € 799,-***

**7 Tage Norwegen ab/bis Hamburg
an Bord der Costa Mediterranea
11.06. & 29.06.2014
ab € 939,-***

**11 Tage Ostseemetropolen ab/bis Warnemünde
an Bord der Costa Pacifica
30.04. & 11.05.2014
ab € 1099,-***



*** Frühbucher-Extra-Preis, zzgl. Serviceentgelt
Weitere Informationen erhalten Sie in unserem Reisebüro!
GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf**

Tel.: 0211/29101-44/45/63/64 • Fax: 0211/29101-15 www.gdp-reiseservice.de • pinguin@gdp-reiseservice.de



Senioren aktuell

Kreisgruppe Coesfeld

26. Februar, Seniorentreffen, Ingeborg Heinze referiert zum Thema „Auf Nummer sicher – Vollmachten und Verfügungen“, Treffpunkt: 14.30 Uhr, DRK-Heim, August-Schlüter-Str. 32, 48249 Dülmen.

Kreisgruppe Köln

20. Februar, Info-Treffen, Markus

Schönbein von der KVB der Stadt Köln referiert zum ersten Teil des Themas „Theoretischer Unterricht für Senioren: Gefahrloses benutzen der Straßenbahnen, U-Bahnen und der Omnibusse“, Partner oder Angehörige sind ebenfalls eingeladen, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln.

Glücksnummern des Monats

45 18063
Mathias Jansen, Heinsberg
45 18359
Friederike Küster, Essen/Mülheim
45 21878
Jan Grossmann, Düsseldorf
45 21891
Lena Weißenfels, Düsseldorf

Die Gewinner erhalten eine GdP-Schreibmappe für Unfallberichte.

Ergänzung zum Seniorenkalender 2014

Nach Redaktionsschluss für den Seniorenkalender 2014, der in der Januar-Ausgabe der Deutschen Polizei beigelegt hat, haben mehrere Kreisgruppen dem Landesbezirk die Termine für ihre regelmäßigen Seniorentreffen nachgemeldet. Alle übrigen Termine stehen im gedruckten Seniorenkalender, der auch auf der Homepage zum Download bereit steht: www.gdp-nrw.de

Kreisgruppe Bergisches Land

Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Treffpunkt: Kohlenstr. 16 (ehemalige Gaststätte), 42389 Wuppertal-Langerfeld, Tel.: 02 02/75 88 96 36, Angelika Goeres.

Kreisgruppe Düsseldorf

Jeden ersten Montag im Monat, 14.00 Uhr, Polizeipräsidium. Ausnahme: Im März findet das Seniorentreffen am 10. 3. 2014 statt.

Kreisgruppe Ennepe-Ruhr

Alle zwei Monate am zweiten Mittwoch im Monat, 15.30 Uhr. Erstes Treffen: 12. 2. 2014. Weil eine neue Lokalität gefunden werden muss, werden die Senioren per E-Mail informiert, wo das Treffen stattfindet.

Kreisgruppe Erftkreis

Jeden zweiten Dienstag im Monat, während der Winterzeit: 14.00 Uhr, während der Sommerzeit: 15.00 Uhr,

Treffpunkt: Brauhaus Ratskeller, Hauptstr. 99, 50226 Frechen.

Kreisgruppe Hamm

Jeden dritten Dienstag im Monat, 16.00 Uhr, Gaststätte Zur Kaiserquelle, Werler Straße 11, 59065 Hamm.

Kreisgruppe Höxter

Treffen der Wache Warburg: jeden ersten Mittwoch im Quartal, 14.30 Uhr. Die Örtlichkeit wird zeitnah bekannt gegeben.

Treffen der Wache Bad Driburg: jeden zweiten Dienstag im Quartal, 14.30 Uhr, Treffpunkt: Holzofen-Café Goeken, Am Siedlerplatz 11, 33014 Bad Driburg.

Kreisgruppe Köln

Jeden dritten Donnerstag im Monat, 14.00 Uhr, außer an Karneval, an Feiertagen und in den Ferien, Treffpunkt: Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln

Beratungstermine jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 9.30 bis 12.30 Uhr, Polizeipräsidium Köln, Walter-Pauli-Ring 2-6, 51103 Köln, Tel.: 02 21/2 29 20 81.

Kreisgruppe Krefeld

Jeden ersten Donnerstag im Monat, 16.00 Uhr, Treffpunkt: Gaststätte Lieewerbaas, Oststraße 12, 47798 Krefeld. Im Mai findet das Treffen am 1. 5. 2014 statt.

Kreisgruppe Mönchengladbach

Jeden dritten Donnerstag im Monat, 16.00 Uhr, Turnerheim, Nordstr. 133, 41263 Mönchengladbach.

Kreisgruppe Münster

Jeden zweiten Montag im Monat, 17.00 bis 19.00 Uhr, Treffpunkt: Restaurant & Café Zum Himmelreich, Annette-Allee 9, 48149 Münster.

Kreisgruppe Siegburg

Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 9.30 Uhr, Dienstgebäude Frankfurter Straße 12-18, Besprechungsraum A.02.026, Ansprechpartner: Rüdiger Meichssner, Tel.: 0 22 41/38 18 12, E-Mail: meichssner@gmx.net

NACHRUFE

Ernst Müller	9. 3. 1923	Unna	Reiner Klünder	30. 10. 1934	Gelsenkirchen
Hubert Becker	8. 11. 1921	Bochum	Karin Wahl	15. 6. 1940	Minden-Lübbecke
Gerhard Uhlig	22. 4. 1939	Essen/Mülheim	Peter Lämmerhirt	18. 3. 1938	Recklinghausen
Horst Lorenz	18. 9. 1941	Regio Köln	Manfred Mette	10. 2. 1935	Bochum
Walter Liesenfeld	16. 4. 1928	Solingen	Bert Nützmann	27. 1. 1961	Wesel
Reinhold Schwarz	12. 3. 1937	Dortmund	Horst Serong	1. 2. 1937	Dortmund
Maria Jansen	25. 9. 1924	Heinsberg	Helmut Schöneberger	12. 8. 1920	Gütersloh
Maria Warmers	25. 1. 1917	Borken	Heinrich Blennemann	22. 3. 1915	Hochsauerlandkreis
Ursula Langner	16. 6. 1930	Bochum	Georg Sahr	17. 6. 1943	Märkischer Kreis
Mathilde Schulte	28. 4. 1912	Bochum	Wilhelm Schumacher	28. 9. 1923	Aachen

